V. KESSLER / REUTERS (li.); B. BOSTELMANN / ARGUM

Außenminister Fischer, Dolmetscherinnen bei der Europäischen Union

Ausland

	Teilnehmer-staaten ↓	Amts-sprachen ↓
1957 EWG	6	4
1973 EG	9	6
1981 EG	10	7
1986 EG	12	9
heute EU	15	11
nach einer umfassenden Ost-Erweiterung der EU	27	21

EUROPA

Babylon in Brüssel

Zwischen Paris und Berlin bahnt sich ein erbitterter Sprachenstreit an. Die deutsche Regierung stemmt sich entschieden gegen die Vorstöße der Franzosen, auf der Arbeitsebene des EU-Rates, im Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten, Deutsch als Amtssprache abzuschaffen.
In Paris macht sich Außenminister Hubert Védrine dafür stark, nur noch Französisch und Englisch zu sprechen. Bisher seien diese Sprachen die mit Abstand gebräuchlichsten, heißt es. Joschka Fischers Auswärtiges Amt in Berlin argumentiert hingegen, Deutsch werde in der EU von wesentlich mehr Bürgern gesprochen als Französisch. Man sei aber bereit, die bisherigen Amtssprachen im Ausschuss um Italienisch und Spanisch auf fünf zu erhöhen. Beharre Paris aber auf einem Zweisprachen-Regime, sei man für Englisch als einzige Amtssprache – eine nicht hinnehmbare Zumutung für die Grande Nation.
Auch gegen die befürchtete Kostenexplosion im Sprachendienst nach der EU-Osterweiterung hat sich Berlin etwas einfallen lassen. Schon bei jetzt 15 Sprachen in der Union kostet dieser Dienst über 1,3 Milliarden Mark im Jahr. In einer Union mit bald 27 Mitgliedstaaten – was bei gemeinsamen Konferenzen in 21 Amtssprachen rein theoretisch 210 Sprachkombinationen gleichkommt – würden sich die Kosten voraussichtlich fast verdoppeln.
Zur Eindämmung der Ausgaben für die babylonische Sprachenverwirrung schlägt Berlin vor, jeder Staat soll auf eigene Kosten dafür sorgen, dass ihn die Partner verstehen. Die Übersetzung offizieller EU-Dokumente in sämtliche Sprachen der Union hingegen soll in jedem Fall weiter von Brüssel finanziert werden.

IRAN

Volksvertreter lassen nicht locker

Der Machtkampf zwischen dem mehrheitlich reformorientierten Parlament in Teheran und dem ultrakonservativen religiösen Führer Ajatollah Ali Chamenei geht wohl in eine neue Runde. Zwar mussten die Abgeordneten in der vergangenen Woche eine schwere Schlappe hinnehmen. Die Volksvertreter hatten zwei Kandidaten für den Wächterrat abgelehnt, weil sie „nicht über die geforderten Eigenschaften verfügten“, so die Teheraner Abgeordnete Fateme Haghighatdschu. „Mitglied können nur namhafte, erfahrene und unabhängige Rechtsgelehrte werden.“ Der mit je sechs islamischen Religionsgelehrten und Juristen besetzte Wächterrat ist eine Art Verfassungsgericht des Gottesstaates, allerdings mit weit darüber hinausgehenden Kompetenzen. Die Abgeordneten bestätigten die umstrittenen Kandidaten schließlich nicht mit der vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit, sondern nur mit einfacher Mehrheit. Diese für beide Seiten gesichtswahrende Lösung hatte ein eilends einberufener Schlichtungsausschuss vorgeschlagen, um den Machtkampf nicht eskalieren zu lassen. Doch ihre Vorbehalte gegenüber den fragwürdigen Kandidaten halten Reformvorstreiter wie Haghighatdschu aufrecht. „Das Parlament ist nicht eingeknickt, die Zahl der abgegebenen Stimmen hat sich kaum geändert“, betont die Parlamentarierin. Der Streit hat aber deutlich gemacht, dass die Kompetenz des Parlaments nicht durch „eindeutige Gesetze“ geregelt ist, wie Haghighatdschu beklagt. Hinter den Kulissen bahnt sich nun die Diskussion über eine Gesetzesreform an, die klären soll, was bei der künftigen Ablehnung von Wächterrat-Kandidaten geschieht.
Der Vorstoß rührt an einen Eckpfeiler der konservativen Macht – der nahezu uneingeschränkten Herrschaft des religiösen Führers. Nach Verständnis der Ultras kommt das einem Abfall vom Glauben gleich. Den als verhaltenen Reformer angetretenen Präsidenten Mohammed Chatami demütigten die Konservativen gleich bei seiner Amtseinführung vergangenen Mittwoch.
Die Festrede hielt mit dem Chef der iranischen Justiz, Ajatollah Haschemi Schahrudi, ausgerechnet der Mentor der umstrittenen Wächterrat-Kandidaten; Schahrudi wird in Teheran bereits als Nachfolger des religiösen Führers Chamenei gehandelt.

ATTA KENARE / AFP / DPA

Religiöser Führer Chamenei (M.), Premier Chatami (r.)